

Wien, Freitag, den 26. November 1926.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1927.Investitionen: 208,7 Milliarden.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das kommende Verwaltungsjahr ist fertiggestellt und gelangt heute an die Mitglieder des Gemeinderates zur Versendung. In einer heute abgehaltenen Pressekonferenz gab der Finanzreferent Stadtrat Breitner ein Bild des Aufbaues des nächstjährigen Budgets und der wichtigsten Ausgabenposten, sowie einiger in Aussicht genommener Steuererleichterungen.

Im Voranschlage nicht enthalten ist eine grosse Einnahmen- und eine sehr bedeutende Ausgabenpost. Die Landesbieraufgabe, an deren Beschlussfassung der Wiener Landtag am Montag schreiten wird, konnte noch nicht ins Budget aufgenommen werden, weil die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Höhe der Biersteuer zur Zeit der Drucklegung noch nicht beendet waren. Die Einnahmenseite wird dadurch eine Verbesserung um rund zehn Millionen Schilling erfahren. Hingegen fehlen jene Aufwendungen im Budget, die sich im Zusammenhang mit der vom Bund vorgenommenen Bezugsregulierung ergeben werden. Die Verhandlungen mit der Angestelltenschaft haben begonnen, sind aber noch nicht zum Abschluss gediehen.

Mit diesen beiden Einschränkungen ist festzustellen, dass das Gesamterfordernis S 481,565.270 beträgt (1926: S 437,276.130). Die Ausgaben weisen demnach eine Steigerung von 44 Millionen Schilling oder zehn Prozent gegenüber dem Vorjahre auf. Die Einnahmen sind mit 411,188.360 S veranschlagt. (1926: S 374,598.310). Gegenüber 1926 ist eine Zunahme um 40 Millionen Schilling oder gleichfalls etwa zehn Prozent zu verzeichnen.

Wertvermehrende Investitionen: S 208,703,060.

Wie in den vergangenen Jahren, so gehen auch für 1927 die Investitionen dem ganzen Budget das Gepräge. Im Vergleich zu dem heurigen Jahr, in dem die Investitionen mit 161 Millionen Schilling veranschlagt erscheinen, ist noch die gewaltige Steigerung um ^{47.6} Millionen Schilling erfolgt. Darin drückt sich das ausserordentliche Arbeitsprogramm aus, das in das Budget verarbeitet und bei den einzelnen Posten durch einen besonderen Hinweis kenntlich gemacht worden ist. Ein Teil der Arbeiten des ausserordentlichen Programmes belastet noch das Verwaltungsjahr 1926. So beispielsweise die bereits hinausgegebenen grossen Bestellungen der Colonia-Kübel, für Elektromaterial, die beschleunigte Durchführung der elektrischen Strassenbeleuchtung, umfangreiche Pflasterungen, die so lange fortgesetzt werden, als es der Witterungsverlauf irgendwie gestattet. Mit einem grossen Teilbetrage - nämlich bei den Wohnhausbauten - wird das ausserordentliche Programm noch im Jahre 1928 wirksam sein.

Von den 208,7 Millionen Investitionen entfallen 151 Millionen Schilling auf die Hoheitsverwaltung und 57,7 Millionen Schilling auf die städtischen Unternehmungen. Mehr als ein volles Drittel der gesamten Einnahmen, nämlich 36,22 Prozent fliessen bei der Hoheitsverwaltung in Form der wertvermehrenden Investitionen wieder der Wirtschaft zu. Die gesamten Gemeinde- und Landesabgaben liefern ein Erträgnis von 161 Millionen Schilling. Nahezu der gleiche Betrag gelangt als Investitionsausgaben in die Hände von Industrie und Gewerbe. Das Bild wird noch günstiger, weil sehr grosse Ausgabebeträge, die zwar nicht den Charakter der Wertvermehrung tragen, eigentlich noch hinzugerechnet werden müssen.

So beispielsweise der Aufwand für Gebäudeerhaltung mit S 8,383.910, das Kostenerfordernis für den regulären Strassenbau im Ausmasse von 13,2 Millionen Schilling, Kanalbauten um 2,4 Millionen Schilling.

Steuererleichterungen.

Der Gebärungsabgang beträgt S 67,376.910 und wird durch Verweisung auf die Kassabestände gedeckt. Wie der in den nächsten Tagen herauskommende Rechnungsabschluss für 1925 zeigen wird, sind der Gemeinde vom Bund nicht veranschlagt gewesene Einnahmen von über 80 Millionen Schilling zugeflossen. Das macht es möglich auch im nächsten Jahre mit den Kassabeständen das Auslangen zu finden. Es werden also keine Steuererhöhungen vorgenommen, vielmehr treten noch einige Erleichterungen ein. Die Theater, die heuer durch acht Monate den begünstigten Satz von fünf Prozent für Prosa- und Opernaufführungen, von zehn Prozent für Operetten genossen haben, sollen unter der Voraussetzung des ganzjährigen Betriebes dauernd diese Abgabesätze zuerkannt erhalten. Damit ist für dieses Gebiet eine endgültige Regelung erfolgt. Weitere Abänderungen sind nicht mehr geplant. Eine Abgabe von fünf beziehungsweise für die leistungsfähigere Operette und Revue von zehn Prozent kann keineswegs mehr als drückend bezeichnet werden und ist sogar niedriger als in den meisten Teilen des Auslandes. Bei den Variétés, sofern es sich nicht um Saisonbetriebe handelt, soll die Möglichkeit einer Ermässigung auf zwanzig Prozent statt bisher dreihundzwanzig Prozent geschaffen werden.

Die freiwilligen Feilbietungen unterliegen gegenwärtig einer Abgabe von sieben Prozent. Der Stadtsenat wird ermächtigt werden, die Steuer auf fünf Prozent zu ermässigen. Auf diese Weise soll das Abwandern von Versteigerungen ins Ausland hintangehalten werden. Voraussetzung eines Erfolges ist allerdings, dass auch die staatlichen Gebühren eine Herabsetzung erfahren. Das Festhalten der Auktionen in Wien ist gleich der Begünstigung der Theater eine Massnahme zur Hebung des Fremdenverkehrs.

In dieses Gebiet gehört es auch, dass der Versuch unternommen wird, den nach § 6 des Fremdenzimmerabgabegesetzes eingereichten Betrieben, die bereit sind, ihr ganzes Haus während der beiden Messen und bei sonstigen Anlässen, wie grosse Kongresse, Sänger- und Turnerfeste u. dgl. der regulären Fremdenbeherbergung zur Verfügung zu stellen, eine Steuerbegünstigung zu gewähren. Für diese Hotels soll der Stadtsenat die gegenwärtig 25 Prozent betragende Zusatzabgabe bis auf 15 Prozent herabsetzen können. Dies jedoch unter der Bedingung, dass nachweisbar in dem betreffenden Steuerjahr ein der Ermässigung zumindest entsprechender Betrag in Form von Investitionen, Inventaranschaffungen u. dgl. zur Verbesserung des Hotels verwendet worden ist. Diese Erleichterung ist das Ergebnis vielfacher Versprachen und Verhandlungen der "Interessengemeinschaft der Wiener Hoteliers".

Bei der Automobilabgabe wird an Stelle der gegenwärtig geltenden vierteljährigen Abmeldungsfrist die monatliche treten, was einer vielfach gewünschten Erleichterung entspricht. Die Kraftwagenabgabe wird ausdrücklich als eine Zwecksteuer erklärt werden, die zur Erhaltung der Wiener Strassen bestimmt ist. Der Ertrag der Automobilabgabe reicht allerdings nicht einmal zur Deckung eines Drittels des Aufwandes für den Strassenbau hin. Gegenüber den unausgesetzten Bestrebungen, dem Lande Wien die Automobilabgabe wegzunehmen, um damit Bundesstrassen herzurichten, wird durch diese Zweckwidmung klar zum Ausdruck gebracht, dass die Folge einer solchen Schwämmerung der Einnahmen Wiens selbstverständlich nur die sein konnte, dass statt der Bundesstrassen die Wiener Strassen vernachlässigt werden.

Der Personalaufwand.

Die Gesamtzahl der aktiven Angestellten und Lehrpersonen der Gemeinde beträgt ohne die städtischen Unternehmungen 25.040 und ist gegenüber 1926 um 77 kleiner. Hingegen ist die Anzahl der Pensionsparteien von 9255 auf 9577 gestiegen. Der gesamte Personalaufwand für das Jahr 1927 stellt sich mit Ausschluss der städtischen Unternehmungen auf 153 Millionen Schilling gegen 144 für heuer. Dabei sind aber die durch die Angleichung an die Bundesmassnahmen erwachsenden Mehrausgaben noch nicht berücksichtigt.

Finanzwesen:

Auf Grund der tatsächlichen Steuererträge der ersten zehn Monate sind die Gemeinde- und Landesabgaben für 1927 errechnet worden. Der voraussichtliche Gesamteingang wird nur um 7½ Millionen Schillinge höher veranschlagt als 1926. Die Zeit der sprunghaften Ertragssteigerungen ist vorüber. Es erscheinen, unter Hinzufügung der Ansätze für 1926, die Steuern in den folgenden Ausmassen veranschlagt:

Grundsteuer.....	S	480.000	(480.000)
Wohnbausteuer.....	"	35,300.000	(34,150.000 S)
Fürsorgeabgabe.....	"	68,000.000	(66,000.000 ")
Lustbarkeitsabgabe.....	"	13,500.000	(12,000.000 ")
Nahrungs-oder Genussmittel- abgabe.....	"	13,000.000	(13,000.000 ")
Fremdenzimmerabgabe.....	"	4,500.000	(3,500.000 ")
Wertzuwachsabgabe.....	"	6,500.000	(6,000.000 ")
Plakatabgabe.....	"	750.000	(750.000 ")
Anzeigenabgabe.....	"	4,000.000	(3,000.000 ")
Hauspersonalabgabe.....	"	2,500.000	(2,500.000 ")
Kraftwagenabgabe.....	"	4,400.000	(4,500.000 ")
Pferdeabgabe.....	"	45.000	(48.000 ")
Hundeabgabe.....	"	1,000.000	(1,080.000 ")
Feuerversicherungsabgabe..	"	2,800.000	(2,500.000 ")
Feilbietungsabgabe.....	"	300.000	(400.000 ")
Konzessionsabgabe.....	"	250.000	(180.000 ")
Wasserkraftabgabe.....	"	3,400.000	(3,200.000 ")
Zuschläge zu den Immobili- ergebühren des Bundes.....	"	1,596.000	(1,612.000 ")
Zuschläge zu den Rennge- bühren.....	"	700.000	(900.000 ")

Nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen wurden die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit Schilling 104,789.000 eingesetzt. Das bedeutet gegenüber dem heurigen Jahr eine Steigerung um S 15,750.000.

Wohlfahrtspflege.

Die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege werden sich im Jahre 1927 auf 73,3 Millionen Schilling belaufen. Für 1926 waren 67,6 Millionen Schilling veranschlagt. Die Steigerung beträgt 5,7 Millionen Schilling. Vergleicht man indess den Aufwand für den laufenden Betrieb der Wohlfahrtspflege, so ist die Steigerung noch wesentlich grösser. Im Vorjahr war nämlich im Zusammenhang mit dem damaligen Stand der Wohnhausbauten die Errichtung von 37 neuen Kindergärten und 13 neuen Horten im Budget eingesetzt, während im nächsten Jahr bloss sieben Kindergärten und vier Horte hinzukommen. Die langandauernde Arbeitslosigkeit macht sich eben im Gemeindehaushalt nicht nur durch die ausserordentlich gestiegenen Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung geltend, sondern tritt in fast allen Rubriken des Fürsorgewesens in Erscheinung. Der Kreis der Bedürftigen, der sich in den Nöten des Lebens an die Gemeinde wendet, wird unausgesetzt grösser. Familien, die bei der Vollbeschäftigung des Mannes auch noch einen alten Vater, eine alte Mutter erhalten

konnten, nun aber auf die karge Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, sehen sich genötigt, ein solches Familienmitglied in das Versorgungshaus zu bringen oder doch zumindest einen Unterhaltsbeitrag zu beanspruchen. Ganz die gleiche Erscheinung im Bezug auf Kinder, bei den Verpflegskosten in den Spitätern, bei der Inanspruchnahme von Kleidungsstücken, Arzneien oder Ausspeisung auf Kosten der Armenfürsorge. So kommt es, dass die Erhaltungsbeiträge, die heuer mit 6,7 Millionen Schilling das Budget belasteten, für 1927 mit 8,4 Millionen Schilling veranschlagt werden mussten. Eine Steigerung um mehr als ein volles Viertel! Die Führung der Versorgungshäuser wird 9,8 Millionen Schilling erfordern, gegenüber 8,8 Millionen Schilling in diesem Jahre. Nicht anders, leider noch schlechter sieht es bei den Irrenhäusern aus. Die Geldausgabe weist eine Steigerung um mehr als 1,2 Millionen Schilling auf. Der Belagraum ist auf das Aeusserste ausgenützt und unter den Ursachen der Ueberstellung nimmt der Alkohol einen immer breiteren Raum ein. Es muss bei diesem Anlasse neuerlich und eindringlich auf den nachgerade unerträglichen Skandal hingewiesen werden, dass gewisse Auslandstaaten sich hartnäckig der Zahlung der Verpflegskosten für ihre notleidenden Staatsangehörigen entziehen. Es sind dies vor allem die österreichischen Nachbarstaaten, in erster Reihe Polen, Ungarn und Jugoslawien, dann auch Rumänien. 260 Insassen von Irrenanstalten und etwa 80 Pflegelinge der Versorgungshäuser fallen auf diese Weise unrechtmässig zur Last. Auch in den Kinderheimen gibt es solche Ausländer. Mehr als sechs Milliarden müssen die Wiener Steuerträger für diesen Zweck jahraus, jahrein opfern. Alle Bemühungen, die Polen, Ungarn, Jugoslawen, Rumänen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen, waren ganz erfolglos. Es wird der Gemeinde nichts anderes übrig bleiben, als den Gesandtschaften dieser Länder ihre Staatsangehörigen einfach eines Tages zur weiteren Obsole zu überstellen.

Die Fürsorge für die Tuberkulotiker erfährt auch im nächsten Jahre eine Ausgestaltung. Fünfzig weitere Betten in Alland und Krems kommen hinzu. Die Gesamtausgaben für diesen Zweig erreichen die respektable Höhe von fünf Millionen Schilling. Auch die Zahl der Stipendien erfährt eine Erhöhung um zwanzig.

Zum erstenmal wird in der Gruppe der Wohlfahrtseinrichtungen die Förderung von Sport und Körperkultur verrechnet. Bisher sind die Ausgaben in verschiedenen Gruppen des Budgets verstreut gewesen. Nun trägt die Gemeinde der ausserordentlich hohen Bedeutung des Sportes, der körperlichen Erleichterung der Menschen und insbesondere der heranwachsenden Jugend durch systematische Eingliederung in das Gesundheitswesen Rechnung. Die Ausgaben erreichen nahezu zwei Millionen Schilling. Darunter befinden sich die Ausgestaltung der ehemaligen Filmfabrik Dreamland auf der Hohen Warte zu einer Sportanlage mit 400.000 Schilling; die Errichtung eines Schwimmbades am Kongressplatz mit 530.000 S; Turn- und Spielplätze in städtischen Gartenanlagen 400.000 S; die Schaffung von vier neuen Kinderfreibädern und die Betriebskosten mit 460.000 S; die Führung von 31 Spielplätzen, von denen zwölf im Winter als Eislaufplätze verwendet werden mit 142.000 S; schliesslich Subventionen zur Förderung von Sport und Körperkultur mit 66.000 S. Wie man sieht, finden die aus der Besteuerung des Fussballsportes fliessenden Einnahmen ihre zweckdienliche Verwendung.

118 Millionen Schilling für Wohnhausbauten.

Es ist der höchste Betrag, der jemals in einem Voranschlag der Stadt Wien für Wohnbauzwecke eingesetzt gewesen ist. 1924 wurden 64 Millionen Schilling, 1925 bereits 96 Millionen Schilling tatsächlich verausgabt. 1926 werden es rund 106 Millionen Schilling sein. Es wird also die Gemeinde von 1. Jänner 1924 bis 31. Dezember 1926 volle 266 Millionen Schilling dem Wohnhausbau zugeführt haben. Diese grossen Ziffern, die zu Anbeginn vielfach Unglauben beggneten, sind in der Form der in allen Be-

starken geschaffenen Wohnhausanlagen und Siedlungen lebensvolle Wirklichkeit geworden. Die Gemeindeverwaltung setzt alle Energien des technischen Apparates, die ganze finanzielle Kraft darauf, das im Herbst 1923 gegebene Versprechen vorzeitig einzulösen. Die 118 Millionen Schilling des Jahres 1927 entsprechen den Baukosten von neuntausend Wohnungen.

Die städtischen Unternehmungen.

Das Brauhaus der Stadt Wien ist mit einer Abfuhr von 172.000, die städt. Inkündigungsunternehmung mit einer solchen von 80.000 Schilling an die Kassen der Gemeinde im Budget vertreten. Hingegen verbleiben die bescheidenen Ueberschüsse, mit denen die Gas- und Elektrizitätswerke, die Leichenbestattung rechnen, bei diesen Unternehmungen, da die Gemeinde die Betriebe ohne Gewinnabsicht führt. Die Strassenbahn vermag mit ihren noch lange nicht valorisierten Tarif nicht das Auslangen zu finden. Insbesondere macht sich geltend, dass das freie Benützungsrecht der Stadtbahn ohne jede Aufzählung zwar für das Publikum einen sehr grossen Vorteil darstellt,

aber keine Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals bringt. Wohl ist bei der Strassenbahn auch für 1927 eine weitere Steigerung des Verkehrs, wie dies tatsächlich in den letzten Jahren unausgesetzt der Fall gewesen ist, veranschlagt, trotzdem aber können die Strassenbahnen die notwendigen Wertabschreibungen nicht verdienen und stehen überdies einem Gebarungsabgang von 1.6 Millionen Schilling gegenüber. Dennoch plant die Gemeindeverwaltung keine Erhöhung der Tarife, sondern will versuchen, durch noch weitere Oekonomisierung des Betriebes das Auslangen zu finden. Ebenso ist bei den Gas- und Elektrizitätswerken ungeachtet der starken Steigerung der Kohlenpreise eine Hinaufsetzung der Preise nicht geplant.

Aus den Investitionen.

Eine Fülle von neuen Einrichtungen und wertvollen Verbesserungen wird durch das umfassende Investitionsprogramm ermöglicht werden. Neben dem schon eingehend behandelten Wohnungs- und Siedlungswesen seien hervorgehoben: Die Errichtung eines Volksbades am Genochplatz im 21. Bezirk mit einer ersten Bau-rate von 500.000 Schilling. Die Errichtung eines Wannensbades im Volksbad VII (115.000 Schilling), Ausgestaltung des Brausebades erster Klasse in den Volksbädern XIV, XVII, XX (214.000 Schilling), Erweiterung und Ausgestaltung des Herrendampfbades im Theresienbad (85.000 Schilling). Der ehemalige Schmelzer und der frühere Söblinger Friedhof werden in Gartenanlagen umgewandelt. Nächst der Floridsdorfer Brücke im XXI. Bezirk soll ein Wasserpark mit Spielwiesen und Badegelegenheiten geschaffen werden. Eine grosszügige Ausgestaltung wird jetzt der wüste Kongressplatz im XVII. Bezirk erfahren. 1.170.000 Schilling werden verwendet werden, um eine Gartenanlage mit Turn- und Spielplätzen und ein Badesbad im Freien zu schaffen, wie dies in ähnlicher Ausdehnung in Wien bisher noch nicht der Fall war. Die einstige Brigittabrücke, die in Simmering ihren neuen Standort finden soll, erscheint mit 1.9 Millionen Schilling im Voranschlag. Hoffentlich wird es auch gelingen, die gegenwärtig noch bestehenden Unstimmigkeiten mit dem Bundesministerium für Handel als dem Verwalter des Praters zu bereinigen. Sehr grosse Aufwendungen erfolgen für die Wasserversorgung. Mehr als fünf Millionen

Schilling sind vorgesehen, um in gewissen Gebietsteilen Wiens neue Rohrleitungen zu vollziehen, den Wasserdruck zu verbessern und vor allem auch notwendige Erneuerungen an den nun schon mehr als fünfzig Jahre alten Wasserleitungsanlagen zu vollziehen. Das Pötschacher Schöpfwerk wird umgebaut und erweitert. Der Sommer 1927 wird die Einführung des Colonia-Systems in ganz Wien bringen. Nur wenige Gebiete in Floridsdorf, die noch ganz ländlichen Charakter tragen, müssen ausgenommen bleiben. Im August etwa wird, wenn dies durch einen symbolischen Akt gekennzeichnet werden soll, die öffentliche Verbrennung des letzten Mistbauerwagens stattfinden können. Dieses Stück praktische Bekämpfung der Tuberkulose hat einen gewaltigen Geldaufwand in den letzten Jahren erfordert. Als Ausklang steht die Summe von 2.5 Millionen Schilling im Voranschlag. Drei Schulzahnkliniken, zwei Tuberkulosefürsorgestellen, ein Jugendamt in Margareten, zwei Mutterberatungsstellen, sieben Kindergärten, vier Horte fügen sich neu dem gewaltigen Fürsorgeapparat der Gemeinde ein. Auch das Marktwesen hat seinen Anteil an den Investitionen. Die Kontumazanlage im XI. Bezirk wird durch die Errichtung eines Kühlhauses für Schweine, die Herstellung von zwei neuen Stechbrücken und dem Ausbau der Maschinenhalle mit einem Aufwand von eineinhalb Millionen Schilling in ihrer Leistungsfähigkeit ausserordentlich erhöht werden. Die Modernisierung der Grossmarkthalle schreitet weiter. Für 550.000 Schilling werden die Entfernung des Fischmarktes, Schaffung des Wildpretmarktes, Neuherstellung von Fleischriemen erfolgen. Durch die Legung neuer Feuerwehrröhren, die Errichtung von neuen Feuerwachen und Umbau der Wache Brigittenu, Kauf neuer Geräte im Ausmass von 853.000 Schilling erhöht die Wiener Feuerwehr eine weitere Steigerung ihrer schon heute so hohen Schlagkraft. Von der überragenden Bedeutung des Investitionsprogrammes des Wirtschaftslebens gibt wohl die Feststellung das anschaulichste Bild, dass die aufgewendeten 209 Millionen Schilling der Lohnsumme von mehr als 70.000 Arbeitern für ein volles Jahr entsprechen. Ohne Investitionstätigkeit der Gemeinde würde die Arbeitslosigkeit zweifellos zu unerträglicher Höhe emporschnellen.